**Deutscher Bundestag** **Drucksache 15/4789**

**15. Wahlperiode** 28. 01. 2005

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

## zu dem Antrag der Abgeordneten Dagmar Wöhrl, Anita Schäfer (Saalstadt), Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/4029 –

## Konversionsregionen stärken – Sechs-Punkte-Plan zur Strukturpolitik

### A. Problem

In den von Streitkräfteabbau betroffenen Regionen sind tiefe Einschnitte in die Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigungslage zu erwarten und damit negative Folgen für die wirtschaftliche und soziale Lage vieler Kommunen. In besonderer Weise sind hiervon strukturschwache Regionen in Deutschland betroffen.

### B. Lösung

Konversionsregionen sind durch ein Sofortprogramm zu stärken; die Bundesregierung muss Strukturpolitik so effizient und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestalten, dass die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und wirtschaftliches Wachstum in den strukturschwachen Regionen nachhaltig unterstützt werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/4029 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2005

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**

| | |
|---|---|
| **Dr. Rainer Wend** | **Dr. Michael Fuchs** |
| Vorsitzender | Berichterstatter |

# Bericht des Abgeordneten Dr. Michael Fuchs

## I. Überweisungen und Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/4029 ist in der 138. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. November 2004 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Finanzausschuss**, der **Verteidigungsausschuss**, der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**, der **Ausschuss für Tourismus** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben in ihren Sitzungen am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 68. Sitzung am 26. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

## II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit ihrem Antrag legt die Fraktion der CDU/CSU einen Sechs-Punkte-Plan zur Strukturpolitik vor, um die von Bundeswehrreduzierung und Streitkräfteabbau der USA betroffenen Standortgemeinden (Konversionsregionen) zu stärken. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Strukturpolitik so auszugestalten, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze und mehr Wachstum in den meist strukturschwachen Regionen nachhaltig unterstützt werden. Daher dürfe die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nicht durch Mittelkürzungen geschwächt werden. Stattdessen seien die betroffenen Regionen durch ein Sofortprogramm zu stärken. Auch solle sich die Bundesregierung für den Erhalt zusätzlicher Mittel aus dem europäischen Strukturfonds einsetzen und dafür sorgen, dass in den Struktur- und Förderprogrammen des Bundes, der Länder und der Europäischen Union die negativen Auswirkungen der Konversion angemessen berücksichtigt werden. Um Wachstumschancen zu verbessern und den Strukturwandel zu erleichtern, sollten nicht mehr benötigte Grundstücke verbilligt an die jeweiligen Kommunen oder ansiedlungswillige Unternehmen abgegeben werden. Auch eine Beteiligung des Bundes an der Sanierung etwaiger Altlasten wird vorgeschlagen. Zu beschleunigen und zu entbürokratisieren seien schließlich die Verfahren zur Freigabe von Liegenschaften durch die Bundesvermögensverwaltung oder ihre Vermarktung durch die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH des Bundesministeriums der Verteidigung.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

## III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 82. Sitzung am 19. Januar 2005 den Antrag beraten und abgeschlossen.

Im Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4029 zu empfehlen.

Berlin, den 26. Januar 2005

**Dr. Michael Fuchs**
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44